

**Rede von Regionalrat Andreas Hesky für die Fraktion Freie Wähler zum TOP 2
„Ausweisung von Windvorranggebieten“ in der Regionalversammlung am
30.09.2015**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Bopp,
sehr geehrte Frau Regionaldirektorin Dr. Schelling,
liebe Kolleginnen und Kollegen in der Verbandsversammlung,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

die Entscheidung über Vorranggebiete zur Windkraft ist wohl neben dem Regionalverkehrsplan die bedeutendste in der laufenden Amtsperiode der Verbandsversammlung. Und sie ist wohl **die** Entscheidung, die - wie keine andere - im gesamten Verbandsgebiet zu engagierten Diskussionen geführt hat.

Auch nach dem heutigen Beschluss werden diese weitergehen. Die Akzeptanz der Windenergie ist noch nicht gesellschaftlicher Konsens. Und das ist in gewisser Weise kurios, wenn man bedenkt, wie einig sich die Menschen nach Fukushima im Jahr 2011 waren, die Energiewende einzuläuten und nicht weiter auf die Risikotechnologie Atomkraft zu setzen. Aber woher kommt dann unser Strom? Denn auch das Verfeuern von Kohle, Öl und Gas ist nur noch einen begrenzten Zeitraum möglich, ganz zu schweigen vom enormen Schadstoffausstoß. Daher müssen wir alle handeln, nicht nur in der Region Stuttgart, sondern im ganzen Land. Die Energiewende wird unser Land verändern. Das wollten wir doch auch alle, zumindest 2011 im März, und da waren wir zu Veränderungen bereit.

Dass die Windkraftbefürworter diese Bereitschaft zur Veränderung haben, liegt auf der Hand. Aber auch die Windkraftgegner beschwören, dass sie die Energiewende wollen – aber die Veränderung soll woanders sein, nicht bei mir, nicht in meinem Geldbeutel, nicht von meinem Balkon aus sichtbar.

So wird es aber nicht funktionieren. Die Stromversorgung unseres Landes und gerade auch der energiehungrigen Region Stuttgart wird **die** große Herausforderung sein, der wir uns stellen müssen.

Und eines eint Windkraftgegner und –befürworter: Wir alle wollen weiterhin mit Strom beliefert werden. Sicher, mit stabiler Spannung und Frequenz und am besten noch

preiswert und in ausreichenden Mengen an 24 Stunden am Tag und 365 Tagen im Jahr.

Für uns Freie Wähler ist daher der stärkere Einsatz von regenerativer Energie in der Zukunft unabdingbar. Wir müssen sie voranbringen, auch um unseren Wirtschaftsstandort zu stärken und unsere Lebensqualität halten zu können. Es ist unsere feste Überzeugung, dass die Bundesrepublik Deutschland zu einem Musterland der regenerativen Energieerzeugung werden kann, was uns zu einem Vorsprung in Technologien verhilft, die weltweit gefragt sind.

Daher wollen wir auch nicht mit der Erzeugung von regenerativer Energie warten, bis so manche Hürde überwunden ist, woran unsere Ingenieure mit Hochdruck arbeiten, wie beispielsweise die Speicherung von Strom in großem Stil. Jedes installierte Solarmodul, jedes gebaute Windrad, jedes Bio- und Wasserkraftwerk und jeder Batteriespeicher im e-Auto oder im Hauskeller ist Teil des Living-Lab zur Entwicklung der Technik.

Und weil durch technischen Fortschritt Windenergieerzeugung auch an Standorten mit weniger Wind möglich werden wird, müssen wir bei der Ausweisung von Vorrangflächen über den heutigen technologischen Tellerrand hinausschauen und Zukunftssicherung betreiben. Windvorrangflächen sind wie Bodenschätze, die je nach Vorkommen zum richtigen Zeitpunkt gehoben werden können. Aber wichtig ist, sie jetzt zu sichern.

Nachdem unser Regionalplan unser gesamtes Verbandsgebiet abdeckt, müssen wir heute eine weitreichende Entscheidung treffen, die viele Jahre gelten wird. Es ist bei uns eben nicht so, dass wir heute ein paar Gebiete ausweisen können – und wenn wir wollen, im nächsten Jahr noch weitere. Das geht bei uns nicht. Wir legen jetzt fest, welche Gebiete es unter den anzulegenden Kriterien geben soll. Weitere gibt es nicht – außer wir ändern die Rahmenbedingungen und fangen dann wieder von vorne an.

Dieses Korsett des Regionalplans durch die Grünzüge und Grünzäsuren unterscheidet uns von den Regionalplänen der anderen Regionen.

Daher war der Weg, uns von der Maximalkulisse zu den machbaren und vertretbaren Vorranggebieten heranzutasten, richtig. Selbst von den heute auszuweisenden Vorranggebieten werden, da braucht man gar kein Prophet sein, einige im konkreten Genehmigungsverfahren herausfallen.

Machen wir uns bewusst, wir beschließen heute nicht den Bau von Anlagen, sondern schaffen Optionen durch Vorrangflächen, vertiefte Prüfungen zu ermöglichen, dazu gehören die Fragen der Flugsicherung oder des Wetterradars und auch Windmessungen.

Daher sind wir gut beraten, zu fragen, wo können wir überall Optionen schaffen, damit die Region Stuttgart einen nennenswerten Beitrag zum Gelingen der Energie-

wende leisten kann. Greifen wir heute zu kurz, kann es sein, wir stehen am Schluss mit fast leeren Händen da.

Natürlich kann man diese Frage nicht am Grünen Tisch beantworten oder ohne Sachkenntnis. Daher nahmen wir viele Vor-Ort-Termine wahr und führten zahllose Gespräche, studierten intensiv die hervorragend aufbereiteten Unterlagen der Geschäftsstelle und lasen auch die vielen Mails und Briefe, die uns erreicht haben. Und wir haben fraktionsintern kontrovers diskutiert, weil es auch bei uns unterschiedliche Meinungen gibt. Aus all dem heraus haben wir uns auf die von uns im Planungsausschuss favorisierten 44 Vorranggebiete festgelegt, zu denen wir auch heute stehen.

Wie sind wir vorgegangen? Wir sind der Auffassung, dass die Vehemenz von Windkraftgegnern ernstgenommen werden muss, aber dies nicht der ausschlaggebende Maßstab sein darf, ob ein Gebiet vorgeschlagen wird oder nicht. Und es zählt für uns Freie Wähler auch nicht, **wer** die Argumente vorbringt. Wir sind nicht die Mehrheitsbeschaffer einer Partei oder Gruppierung, sondern einer Sache.

Wir haben uns an der Bewertungsmatrix der Verwaltung zu den Vorranggebieten orientiert, die nachvollziehbar, sachlich und transparent ist. Ein großes Lob Ihnen, Herr Kiwitt, und Ihrem Team. Für uns ist diese Matrix die Grundlage unserer Entscheidung, weil dort auf der x-Achse die sachliche, rationale Ebene, wie Windhöufigkeit und Flächengröße, abgebildet und für jedes Gebiet bewertet ist, genauso wie auf der y-Achse die weichen, eher subjektiven Kriterien, wie Landschaftsbild und Erholungsqualität, bewertet wurden.

Wir wollen **dort** Optionen für die Energiewende schaffen, wo es aufgrund der Windhöufigkeit und der Größe des Gebiets angezeigt ist und in einem vertretbaren Verhältnis zum Eingriff in die Landschaft und die Erholungsqualität steht.

Mit diesem Maßstab tasteten wir uns jedes Gebiet heran. Daher haben wir uns entschieden, alle Gebiete, die in der Matrix eine negative Bewertung von „minus eins“ (x-Achse) erhalten haben, weil sie klein oder wenig windhöufig sind, nicht weiterzuverfolgen.

Und wir haben uns entschieden, bei den Gebieten, die in den objektiven Kriterien Windhöufigkeit und Größe eine „null“ (x-Achse) erhalten haben, erst die Gebiete weiterzuverfolgen, bei denen es verantwortbar ist, bezogen auf die Freiraumqualität und den Landschaftseingriff. Da haben wir auf der y-Achse die Grenze ab „plus zwei“ gezogen.

Alle Gebiete wollen wir weiterverfolgen, die bei der Größe und Windhöufigkeit eine Bewertung – auf der x-Achse - von „plus eins und mehr“ erhalten haben. Bei diesen Gebieten sind wir bereit, die Eingriffe in die Landschaft und den Freiraum zu akzeptieren, weil dies angezeigt ist, um die Energiewende voranzubringen.

Sie spüren, wir hängen unser Fähnchen nicht in den Wind, sondern wir wollen mit dem Regionalplan eine verlässliche Grundlage schaffen, die der Verantwortung, der

wir uns hierbei in besonderer Weise auch kommenden Generationen gegenübersehen, gerecht wird.

Wir stimmen dem Beschlussvorschlag der Verwaltung im Hinblick auf die Herausnahme der Gebiete zum Schutz vor Überlastung und Umzingelung zu 100 % zu. Die dann verbleibenden 41 Vorranggebiete mit insgesamt 2.500 ha, die wir ausgewiesen haben wollen, sind ein starkes Signal, das weit über die Region hinaus gesehen wird. Die Energiewende wird nur gelingen, wenn jeder seinen Beitrag leistet. Mit der von uns befürworteten Entscheidung können wir guten Gewissens auch von anderen Regionen in der Bundesrepublik Deutschland erwarten, dass Windräder oder Biokraftanlagen oder Photovoltaikfelder oder Stromtrassen akzeptiert werden.

„Ein jeder trage des anderen Last“ heißt nicht, „selbst nichts zu tragen, sondern das beizusteuern, was machbar ist“. Mit dieser Haltung, so meinen wir, wird die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Energiewende gelingen, so dass sie nicht zum Spaltpilz der Gesellschaft wird, sondern zu einem Motor des Wirtschaftswachstums, der Ökologie und der Ökonomie.